

Postindustrielle Neue Soziale Risiken

Marcel Fink

1. Zunehmende wissenschaftliche und politische Thematisierung veränderter arbeitsmarktvermittelter Chancen und Risiken

Dem Phänomen „Working Poor“ hat in den letzten Jahren vermehrt wissenschaftliche und politische Aufmerksamkeit erlangt. Letzteres unter anderem auch auf EU-Gemeinschaftsebene, was sich unter anderem darin spiegelt, dass das Kredo für „*more jobs*“ hier in Richtung „*more and better jobs*“ adaptiert wurde. Erwerbstätigkeit und Arbeitsplätze sollen also so ausgestaltet sein, dass sie nachhaltig zu sozialer Inklusion beitragen.

Allerdings ist zugleich faktisch eine solchen Zielen entgegen laufende Tendenz einer zunehmenden Ausdifferenzierung von Risiken und Chancen auf den Arbeitsmärkten zu beobachten. Diese Entwicklung ist nicht nur konjunktureller Natur, sondern basiert auf strukturellen Veränderungen auf den Arbeitsmärkten. Weiter verstärkt werden die Implikationen dieser arbeitsmarktbedingten Restrukturierung der Verteilung von Chancen und Risiken durch eine zunehmende Ausdifferenzierung und sinkende Stabilität der Formen des familiären Zusammenlebens.

In der sozialwissenschaftlichen Literatur wurden bzw. werden diese Phänomene unter dem Begriff der postindustriellen „Neuen Sozialen Risiken“ (NSR) zusammengefasst und zugleich die Frage gestellt, ob und inwiefern tradierte Formen der sozialstaatlichen Intervention diesen NSR gerecht werden (bzw. wie es um die Chancen einer bedarfsgerechten auf NSR gerichteten Anpassung von Sozialpolitik bestellt ist).

2. Post-industrielle Arbeitsmärkte und Gesellschaftsstrukturen

Ein zentraler Bezugspunkt ist in der gegenständlichen Debatte die Erkenntnis, dass die Deindustrialisierung der Arbeitsmärkte insbesondere für Personen mit geringer formaler Qualifikation häufig mit problematischen Beschäftigungs- und Erwerbschancen einher geht. Industrielle Arbeitsmärkte eröffneten häufig auch für formal gering qualifizierte ArbeitnehmerInnen relative sichere und – vermittelt über hohe Produktivitätswachstumsraten – mit „armutsfesten“ Löhnen ausgestattete Beschäftigungschancen. Diese Kennzeichen finden sich jedoch im Rahmen des wachsenden Sektors von so genannten „Randbelegschaften“ im Dienstleistungsbereich kaum. Weiter verstärkt werden einschlägige Probleme, wenn solche Arbeitsplätze Teilzeitarbeitsplätze sind bzw. wenn (de facto nach wie vor weit überwiegend weibliche) Reproduktionsarbeit bei gleichzeitigen Defiziten öffentlicher Angebote für Kinderbetreuung und Pflege nur Teilzeitbeschäftigung erlauben.

Zugleich zeigen jedoch alle Erhebungen, dass die beruflichen Ziele insbesondere auch junger Menschen beträchtlich von den Bedingungen zunehmend flexibilisierter postindustrieller Arbeitsmärkte abweichen. Was sie sich wünschen, ist ein sicherer Job, der gut bezahlt ist und ihren Fähigkeiten und Interessen entspricht.

Empirisch sind in Österreich die Armutsgefährdungsquoten bei Erwerbstätigen nach Sozialleistungen und Haushaltstransfers relativ niedrig sind (operationalisiert entlang einer Armutsgefährdungsschwelle von 60% des auf Haushaltsebene gewichteten Medianeinkommens).¹ Dennoch handelt es sich bei den Working Poor in absoluten Zahlen um eine vergleichsweise große Gruppe – ihre Zahl (ca. 45.000 ganzjährig beschäftigte Frauen; ca.

¹ Die Daten stammen aus einer rezenten Neuauswertung von EU-SILC-Daten durch das IHS und weichen wegen anderer Definitionen von Arbeitsmarktstati von den durch Statistik Austria publizierten Daten ab.

75.000 so beschäftigte Männer) übersteigt die der arbeitslosen² Armutsgefährdeten (ca. 39.000 Frauen und 51.000 Männer) bei weitem. Zudem wird das ganze Ausmaß des Problems erst deutlich, wenn man zu einer individuellen Betrachtungsweise wechselt: Etwa 190.000 ganzjährig erwerbstätige Frauen (davon etwa 100.000 vollzeitbeschäftigt) waren zuletzt in Österreich auf individueller Ebene armutsgefährdet (individuelles Nettoeinkommen vor Transfers durch Sozialleistungen und Haushalt). Bei Männern betrifft das Phänomen ca. 110.000 Personen (davon 90.000 in Vollzeitbeschäftigung). Sozialtransfers und – insbesondere bei Frauen – Haushaltseinkommen durch den Partner reduzieren das Problem statistisch beträchtlich. Insbesondere der letzte Zusammenhang wird aber mit einer zunehmenden Ausdifferenzierung und Instabilität des familiären Zusammenlebens brüchig.

3. Ein (zumindest) dreifaches Verteilungsproblem

Postindustrielle NSR manifestieren neue verteilungspolitische Herausforderungen, und zwar in zu mindest drei Dimensionen.

Die erste Dimension ist jene der Gestaltung sozialpolitischer Interventionen im engeren Sinn. Diese fokussieren in Wohlfahrtsstaaten des konservativ-kontinentaleuropäischen Typus (wie Österreich) auf typisch industrielle Risiken bzw. sind sie an einer (männlichen) industriellen „Normalerwerbsbiografie“ orientiert. Maßnahmen, die auf eine stärkere Gleichverteilung von Chancen und Risiken unter postindustriellen Bedingungen wirken würden, würden nach einer Umverteilung von Sozialausgaben in Richtung Bildung, aktive Arbeitsmarktpolitik und soziale Dienstleistungen verlangen. Zudem müssten die Berechnungsmodi bei Leistungen aus der Sozialversicherung etc. stärker in Richtung mindestsichernder Elemente angepasst werden. Solche Reformen würden, wenn kostenneutral gestaltet, mit GewinnerInnen und VerliererInnen einher gehen und sind vor dem Hintergrund des erwarteten Widerstandes des VerliererInnen (die im gegenwärtigen System relativ gut abgesichert sind) schwer politisch durchsetzbar.

Ähnlich verhält es sich mit den anderen beiden – direkt arbeitsmarktbezogenen - verteilungspolitischen Dimensionen.

Dabei handelt es sich zum Einen um jene der Verteilung von Erwerbsarbeitszeit einerseits und Reproduktionsarbeit andererseits. Für Österreich sind diesbezüglich – neben anderem – die folgenden Punkte typisch: eine extrem starke Konzentration von Teilzeitarbeit auf Frauen (mit stark wachsender Dynamik und im Durchschnitt geringen Wochenarbeitszeiten von ca. 19 Stunden) und eine vergleichsweise hoher Grad an Überstunden (insbesondere auch bei den weit überwiegend vollzeitbeschäftigten Männern).

Zum anderen stellt sich die Frage der Struktur der Entlohnung bzw. generell der monetären Bewertung unterschiedlicher Tätigkeiten am Arbeitsmarkt. Österreich zeigt diesbezüglich keine starke Tradition solidarischer Lohnpolitik und die Lohndifferentiale sind beträchtlich – unter anderem ablesbar an den (auch im internationalen Vergleich) sehr großen Unterschieden in den stündlichen Bruttoeinkommen zwischen Männern und Frauen (bei zugleich im EU-Vergleich unterdurchschnittlicher Geschlechtersegregation nach Berufen und Sektoren).

Wenn das Problem der „Working Poor“ wenigstens ansatzweise in nachhaltiger Form politisch bearbeitet werden soll, müssen jedenfalls diese drei Dimensionen von Verteilung bzw. diese drei Ansatzpunkte breit auf die politische Agenda gesetzt werden.

Parallel dazu sollte aber darüber hinaus eine breitere Debatte über die Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Reichtums (inkl. Vermögen und dessen Besteuerung) nicht vernachlässigt werden.

² Definiert als Personen, die 6 oder mehr Monate im Jahr arbeitslos waren.